

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Ameise“ beträgt für In- u. Auslands- bezüher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer trebe zum Ganzen und laßst Du lieber kein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Die Gewerkschaften zum Sachverständigen-Gutachten.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen: ADA, AM-Bund und ADB, haben in einer Eingabe an die Reichsregierung den Standpunkt der Gewerkschaften zum Sachverständigen-Gutachten wie folgt dargelegt:

Den Gewerkschaften ist bekannt, daß die Reichsregierung eifrig an der Durchführung der Anregungen arbeitet, die das Sachverständigen-Gutachten der Dawes-Kommission für den deutschen Haushalt und die Gestaltung der Steuern gegeben hat. Sie vermessen aber jedes Anzeichen dafür, daß auch den Anregungen nachgegangen wird, die in dem Gesamturteil der Sachverständigen über die deutsche Steuergesetzgebung scharf umrissen worden sind. Die Sachverständigen haben der Schlussfolgerung nicht entgehen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre. Das Gutachten der Dawes-Kommission unterstreicht die Notwendigkeit, schon für das laufende Einkommensteuerjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen vorzunehmen. Das gilt in besonderem Maße für die Einkommensteuer der sich selbst Einkommenden und für die Auslandsverdienste, aber ebenso für eine Besserung der Selbstwertungsgehalte und für den Abbau der Umsatzsteuer. Auch der Beitrag der deutschen Erbschaftsteuer haben die Sachverständigen als „außerordentlich niedrig“ bezeichnet.

Die Gewerkschaften erziehen die Reichsregierung um Aufmerksamkeit darüber, welche Maßnahmen im besonderen nach dieser Richtung im Interesse einer gerechten Verteilung der Wiedererwerbungslasten in Angriff genommen worden sind. Sie haben auch das stärkste Interesse daran, zu erfahren, welche sonstigen steuerlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der indirekten Steuern vorbereitet werden.

Die Spitzenverbände halten eine Aussprache mit der Reichsregierung für außerordentlich dringend. Mächtige Interessenorganisationen organisieren systematisch den Widerstand gegen die Staatsnotwendigkeiten und ihren dabei, wie erst jüngst die Vertreter der Landwirtschaft, sogar vor Drohungen nicht zurück. Die Bestrebungen dieser Kreise münden schließlich in dem einen Wunsch, in Zukunft möglichst von den Lasten, die Deutschland zu tragen hat, frei zu werden und sie auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Das steigert selbstverständlich die Erbitterung der Arbeitnehmer aufs höchste. Die vielen Millionen Arbeitnehmer, die in den Gewerkschaften vereinigt sind, lehnen entschieden die Auffassung ab, daß wachsende Entbehrungen und steigende Not in den breiten Massen des Volkes eine zur Gesundung unentbehrliche Notwendigkeit seien.

Die Unterzeichneten bitten die Reichsregierung, tunlichst bald Tag und Stunde zu einer Aussprache mit Vertretern der unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände bestimmen zu wollen.

Die Ausbreitung des Tarifgedankens.

Es ist eine alte Weisheit, daß die freien Gewerkschaften seit ihrer Gründung ihre Hauptaufgabe darin betrachtet haben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln und immer günstiger zu gestalten. Diese Bestrebungen finden ihren wesentlichen Niederschlag in den Tarifverträgen. Ein zusammenfassendes Ergebnis der tariflichen Errungenschaften gibt uns also ein besonders wertvolles Bild der gewerkschaftlichen Tätigkeit und ist zu gleicher Zeit ein zuverlässiger Maßstab für den Einfluß, den sie sich errungen haben. Ein solcher zusammenfassender Bericht wird alljährlich von der Reichsarbeitsverwaltung gegeben, die nach § 31 des Arbeitsvertragsgesetzes vom 22. Juli 1922 zu regelmäßigen Berichten über die Entwicklung des Tarifwesens verpflichtet ist. Der jetzt erscheinende Bericht für das Jahr 1922 ist wie der vorhergehende, ein unwiderleglicher Beweis für die große Macht, welche die Gewerkschaften auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse gewonnen haben. An dieser erfreulichen Tatsache wird auch nicht viel dadurch geändert, wenn man zugeben muß, daß infolge der besonders ungünstigen wirtschaftlichen wie politischen Verhältnisse der letzten Zeit es den Unternehmern gelungen ist, den Arbeitern wesentliche Verbesserungen aufzuzwingen. Man sollte hierbei doch nie vergessen, um wieviel schlechter sich das Los der Arbeiterschaft gehalten hätte, wenn es eine solche mächtige Organisation hinter ihnen ständen. Besonders unsere alten Kämpfer in den mittleren und kleinen Provinzorten, die noch auf eine zirkel 30jährige Tätigkeit zurückblicken können, werden am besten den Fortschritt gegen damals zu erkennen vermögen. Sie sollten's aber auch den jungen erzählen, wie willkürlich damals die Unternehmer allgemein über Lohn- und Arbeitsbedingungen verfügten, wie vogelfrei die Arbeiterschaft in dieser Beziehung war; wie man sie unerbittlich durch Maßregelungen, schwarze Listen usw. verfolgte, wenn sie es wagten, für die Rechte der Arbeiterschaft einzutreten.

Glücklicherweise war all dieser Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterschaft nutzlos. In ununterbrochenem zähen Widerstand ist sie Schritt für Schritt vorwärts gedrungen, hat eine Position nach der anderen errungen, und gilt heute trotz alledem als Machtfaktor, mit dem man überall zu rechnen gezwungen ist. Schon vor dem Kriege war es den Gewerkschaften bei einem Mitgliederbestand von 2 Millionen möglich gewesen, für rund 1 1/2 Millionen Angehörige aller Berufsstände die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Wie gewaltig aber der Fortschritt auf dem Gebiete in den letzten Jahren war, beweist der Umstand, daß gegenüber den anderl. 6 Millionen Personen, welche damals in 160 000 Betrieben und 10 800 Tarifverträgen unterstellt gewesen sind, Ende 1922 für 14 1/2 Millionen Beschäftigte in 890 237 Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt waren. Selbst gegen das Vorjahr bedeuten diese Zahlen schon eine Zunahme von rund 200 000 Be-

trieben mit 1 1/2 Millionen Beschäftigten, für welche eine weitere tarifliche Regelung errungen werden konnte. Bemerkenswert ist dabei, daß trotz der enormen Ausdehnung des Personenkreises wie der Betriebe dennoch die Zahl der 1922 gültigen Tarifverträge mit 10 768 sich fast auf gleicher Höhe bewegte wie in den letzten drei Jahren vor dem Kriege. Das bedeutet aber nichts anderes als eine fortschreitende Konzentration der Tarife. Dies zeigt sich auch in folgenden Zahlen: Während im Jahre 1914 auf einen Tarifvertrag durchschnittlich 13,3 Betriebe und 128,8 Beschäftigte entfielen, kamen 1922 auf einen Tarif durchschnittlich 82,7 Betriebe und 1324,4 Personen. Von den gesamten 10 768 Tarifen entfiel der größte Prozentsatz, nämlich 14,4 Proz., auf das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Dann folgt die Metallindustrie mit 12,3 Proz. und das Handels-gewerbe mit 10,1 Proz. der gesamten Tarifverträge, während alle übrigen Industriezweige weit unter 10 Proz. stehen.

Bei der Feststellung über den Geltungsbereich der Tarife ist auffallend die Zunahme der Bezirksstarife in den letzten drei Jahren. Während 1920 nur 5 1/2 Millionen Arbeitnehmer oder 56,5 Proz. der Gesamtzahl der unter tariflichen Verhältnissen arbeitenden Personen unter Bezirksstarife entfielen, stieg ihre Zahl 1921 auf 8,6 Millionen oder 66,8 Proz. und erreichte 1922 mit 10,2 Millionen oder 71,9 Proz. ihren Höhepunkt. Die Prozentzahl der durch Reichstarife erfaßten Personen ging in den gleichen Jahren von 21,6 auf 16,3 bzw. 14,4 Proz. zurück, und auch die Summe der reichstariflich erfaßten Betriebe fiel in dem gleichen Zeitraum von 18,1 auf 13,0 bzw. 7,3 Proz. Der amtliche Bericht kommt daher nicht mit Unrecht zu folgendem Schluß: „Zusammenfassend kann man sagen, daß die Konzentrationsbewegung anscheinend in der Weise fortschreitet, daß dem Bezirksstarif eine immer bedeutendere Rolle in der Tarifbewegung zufällt, und zwar so, daß — unter möglicher Zurückdrängung der Sonderinteressen einzelner Parteigruppen — die räumlich und beruflich unter gleichen Bedingungen arbeitenden Arbeitnehmer möglichst auch in einem einheitlichen Tarifvertrag zusammengefaßt werden. So verlohnt es sich, namentlich unter der Herrschaft des Gedanken der Reichsarbeitsgemeinschaft, auch erschien, die Arbeitsbedingungen für eine Berufsgruppe für das ganze Reichsgebiet in einem einzigen Tarifvertrag zusammenzufassen, so hat doch offenbar diese Bewegung ihre Grenzen erreicht. Ein Anwachsen der Reichstarife läßt sich 1922 nur noch für die Nahverkehrstarifen, die ihrerseits durch die Zulassung von Ergänzungsstarifen den bezirklichen Sonderbedürfnissen gerade in den wichtigsten Punkten (Lohn, Arbeitszeit) die nötige Bewegungsfreiheit lassen.“

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Vertragsdauer der Tarifverträge. Während in den letzten Jahren der Vorkriegszeit langfristige Tarifverträge mit einer Vertragsdauer von über zwei Jahren mehr als die Hälfte aller in Betracht kommenden Arbeitnehmer umfaßte, sank ihre Zahl in der Nachkriegszeit ganz gewaltig, so daß bereits 1920 solche Tarifverträge nur noch für 2,4 Proz. der Beschäftigten bestanden und diese Zahl 1922 auf 0,9 Proz. weiter fiel. In ähnlicher Weise sanken aber auch die Ziffern für kurzfristige Tarifverträge mit einer Vertragsdauer von unter einem halben Jahr. Am stärksten entwickelte sich die Gruppe mit einer Vertragsdauer von über einem halben bis zu einem Jahr. Solche bestanden Ende 1922 für 54,9 Proz. aller Beschäftigten; im Vorjahr 50,7 und 1920 für 41,3 Proz. Es ist aber auch naheliegend, daß der rasche Fall in der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse den langfristigen Verträgen nicht günstig sein konnte.

Die Herrschaft des Monopol- und Finanzkapitals.

All die Kriegen, von denen die Völker seit dem Krieg heimgekehrt wurden, und die soviel Elend und Not heraufbeschworen haben, waren mächtige Förderer der Kapitalkonzentration. Ein flüchtiger Blick auf die wichtigsten Industriestaaten Europas: Deutschland, England, Frankreich, zeigt uns die Entwicklung. In Deutschland haben sowohl Inflation wie Stabilisierung der Konzentrationsprozess gefördert. In der Inflationszeit konnte das Großkapital die kleineren Unternehmungen aufkaufen. Es bediente sich dabei der verschiedensten Mittel. Das Großkapital hatte die gesenkten Kredite der Reichsbank und die großen Dividenden, mit deren Hilfe und durch andere Schikanen, wie Wegzug des Aktienkauf, Verkauf von Aktien auf dem Umweg fremder Unternehmungen usw., die kleineren, sich oft in bedrängter Lage befindenden Unternehmungen aufgekauft beziehungsweise zur Aufgabe ihrer Selbstständigkeit gezwungen wurden. Mit der Stabilisierung der Währung ging dann eine Kreditkrise, eine unerhörte Geldknappheit einher. Die Kapitalkonzentration wird auch durch diese begünstigt. Es sind die großen Konzerne, welche neben der Landwirtschaft die billigen Reichsbankkredite genießen — sie erhalten Geld zu 10 Proz., während die anderen das sechs- bis siebenfache an Zinsen zahlen müssen — und die ausländische Kredite erhalten. Da sie die eigenen Unternehmungen in der Regel selbst finanzieren, fliehen die von ihnen erzielten zeitweiligen Geldüberschüsse nicht in die Kanäle der übrigen Wirtschaft. Die herabgedrückten Aktienkurse ermöglichen es ihnen, sich die Aktienmehrheit unabhängiger Unternehmungen unmitttelbar oder auf Umwegen zu spottbilligen Preisen zu verschaffen. So können sie die Geldnot in vielfacher Hinsicht zur Erweiterung ihrer Macht ausnützen. Die außerordentlich bedeutungsvolle Kapitalkonzentration in England, die dort nach dem Krieg einsetzte, hat einen anderen Charakter, doch hat sie in der deutschen Inflation ihre mächtigste Triebkraft gefunden. Um den Kampf mit den deutschen Waren aufnehmen zu können, die dank des Valutadumping der Inflationzeit einen Vorprung am Weltmarkt hatten, mußten die englischen Unternehmungen zur Verbilligung der Produktion der Produktion, und das taten sie flüchtigweise nicht durch Arbeitszeitverlängerung und übermäßige Lohnkürzungen, die nur den inneren Absatz gedroht hätten, sondern durch technische Verbesserungen der Produktion, wozu auch die Zusammenlegung der Betriebe behufs Herabsetzung der Generalunkosten gehörte. Der englische Konzentrationsprozess wird daher in diesem wesentlichen Punkt von dem deutschen, der überwiegend

nur auf Machterweiterung der Konzerne ausging, ab. In Frankreich wurde die Konzentration des Kapitals durch die Erwerbung Esch-Lothringens, des Saargebietes und durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch von Staats wegen mächtig gefördert, indem die Verteilung der Kriegserlöse am besten durch Schaffung von großen Industriekonzernen vor sich gehen konnte. Der übermäßig hohe Schutzoll hat freilich die Konzentrationsbewegung in Frankreich bereits früher schon auf einen hohen Stand gebracht.

Dieser Abschnitt der nationalen Kapitalkonzentration, der jetzt seinem Höhepunkt entgegengeht, wird demnächst eine neue Verschärfung in die internationalen Beziehungen, insbesondere in die Handelspolitik hineinragen. Die Jagd nach den Absatzmärkten wird bald mit unerhörter Wucht einsetzen. Deutschland muß seine Ausfuhr mit Ausnutzung aller Mittel betreiben, um Reparationen zu zahlen, Frankreich — als neu-entstandener Industriestaat mit Ueberflüssen an Industrieprodukten — um diese loszuwerden, England als Exportstaat, um dem Weltmarkt die Spitze zu bieten. Die Vereinigten Staaten werden bald ebenfalls in den Strudel hineingerissen werden. Bereits die letzten Monate zeigen dort eine mächtige Tendenz zur Förderung der Ausfuhr auf Kosten der Einfuhr. Je mehr in den Vereinigten Staaten die Sättigung des inneren Marktes fortschreitet, um so heftiger wird auch dort die Jagd nach den Absatzmärkten einsetzen. Die Ausfuhrpolitik eines Landes, dessen Industrie hochgradig konzentriert ist, nimmt ganz andere Formen an, als wenn die inländischen Unternehmungen untereinander im Konkurrenzkampf stehen. Ein Dumping sondergleichen steht zu erwarten. Australien und Argentinien können zum Beispiel aus diesem Grunde den Kampf mit dem Fleischmarkt der Vereinigten Staaten nicht aufnehmen, obwohl die Qualität ihres Fleisches viel besser ist. Wegen des amerikanischen Fleischschutzes fordert Australien von England Vorzugssätze, deren Einführung aber mit der Abkehr Englands vom Freihandel gleichbedeutend wäre, was wieder für die ganze Weltwirtschaft von einschneidender Bedeutung wäre. Dieses eine Beispiel soll nur dazu dienen, die handelspolitischen Folgen der fortschreitenden Kapitalkonzentration zu beleuchten.

Zu gleicher Zeit hat die Macht des Finanzkapitals gewaltig zugenommen. Am wenigsten noch in Deutschland, wo die ersten Jahre der Inflation den Banken Substanzverluste verursachten und erst die letzten sie auf den Weg der Substanz-erhaltung gebracht haben. Auch sind in Deutschland die großen Konzerne in der Regel von den Großbanken unabhängig, ja haben die Großbanken oft in ihre Notwendigkeit gebracht, sie ihren Konzernen einfach angegliedert. Seit der Stabilisierung ist aber die Macht der Großbanken im Steigen. Wenn auch die Beiträge, die sie als Kredite zu verteilen haben, vorerst noch gering sind, bedeutet die Verfügung darüber eine sehr große wirtschaftliche Macht. Da die Geldknappheit auch weiter andauern wird, während die Banken voraussichtlich durch das langsame Anwachsen der Depositen über größere Beträge verfügen werden als jetzt, wird ihre Macht und Bedeutung immer steigen. In Oesterreich zum Beispiel, wo das Industriekapital sowohl in Bezug auf die Finanzierung der Unternehmungen abhängig ist, wie auch letzteres in den Industrien unternehmungen selbst stark beteiligt ist, muß die Industrie den Banken in Form von ungeheuren Zinsen einen enormen Tribut entrichten. In den Ländern mit Edelvaluta ist aber die Macht des Finanzkapitals ungebrochen, ja stellt es die höchste Macht dar. Als Geldbesitzer diktiert sie den Staaten ihre Bedingungen. Besidehend ist eine Umkehrung des französischen Ministerpräsidenten Herriot vor seinem Regierungsantritt über die Anleihe, die der amerikanische Bankier Morgan vor einigen Monaten zur Stützung des französischen Frankens gewährte. Frankreich mußte die Anleihe mit Geld voll decken, außerdem sich über Bedingungen unterwerfen, von denen Herriot erklärte, daß Morgan Frankreich behandelt habe, als sei es die Türkei (er hat auf die frühere Verhandlung der Türkei seitens des Finanzkapitals angepielt). Die russisch-englischen Verhandlungen, der englisch-mexikanische Konflikt, der amerikanisch-chinesische Streit wegen der russisch-chinesischen Eisenbahn, das Schicksal der österreichischen und ungarischen Völkerrundfunk-anleihen die vom ausländischen Privatkapital zu guten Zinsen bereitgestellt wurden, zeugen alle von der Macht des internationalen Finanzkapitals, das seinen Willen sowohl dem eigenen Land, viel mehr aber noch den fremden Schuldnerländern aufzwingt. So bedroht das Finanzkapital auf Schritt und Tritt das friedliche Zusammenleben der Völker und den Weltfrieden. U. S.

Sozialdemokratische Interpellation im Reichstage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation über sozialpolitische Maßnahmen eingebracht, die folgende Fragen stellt: Ist die Regierung bereit:

1. In Uebereinstimmung mit den Erklärungen der englischen Regierung das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag zu ratifizieren?
2. Die vom Reichstag wiederholt gefaßten Beschlüsse auf Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten auszuführen und die zu derselben Frage vorliegenden umfassenden Vorschläge der Gewerkschaften zu beachten?
3. Wegen den von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand und gegen die offene Beschäftigungsabotage zum Zweck der Beseitigung der Tarifverträge und der staatlichen Schlichtungsorgane entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen?
4. Die Schlichtungsausschüsse anzuweisen, die Verlängerung der Arbeitszeit nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Fall zu Fall für verbindlich zu erklären? Ist sie bereit, die dem entgegenstehenden Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung zurückzugeben, um so mehr, da diese mit dem Geiste und dem Wortlaut der Verordnung zum Teil unvereinbar sind?
5. Von den Befugnissen der Verordnung über das Kartellgericht Gebrauch zu machen und das Reichswirtschaftsministerium anzuweisen, beim Kartellgericht die Klage auf Auflösung preisvertenernder Kartelle einzuleiten?

Beitrags- und Unterstützungsfähige.

Es macht sich notwendig, noch einmal die Beitrags- und Unterstützungsneuregelungen zu veröffentlichen. Die Mitglieder haben sich die Änderungen anzusehen.

Vorstand und Beirat haben in der Sitzung vom 11. und 12. Mai beschlossen, im Statut folgende Änderungen einzutreten zu lassen:

§ 4. Eintrittsgeld.

Ziffer 1 soll lauten: „Jedes neu eintretende männliche Mitglied hat bei der Aufnahme 1 Mk., jedes weibliche Mitglied 50 Pf. und jedes männliche sowie weibliche Mitglied unter 16 Jahren 25 Pf. Eintrittsgeld zu entrichten“.

§ 5. Beiträge.

Ziffer 1. Jedes Mitglied hat für die im § 1 unter a bis m genannten Zwecke einen wöchentlichen Beitrag zu entrichten, und zwar bei einem Wochenerdienst

über	bis	20 Pf.
7,50 Mk.	11,50 „	30 „
11,50 „	15,50 „	40 „
15,50 „	22,50 „	60 „
22,50 „	30,50 „	80 „
30,50 „	38,50 „	100 „
38,50 „	46,50 „	120 „
46,50 „	54,50 „	140 „
54,50 „	62,50 „	160 „

§ 10. Erlassbücher.

Ziffer 2. Erlass für beschädigte oder verlorengegangene Eintrittskarten oder -bücher wird nur gegen eine Gebühr von 50 Pf. erteilt. Den Betrag usw.

§ 14. Erwerbslosenunterstützung.

Erwerbslosenunterstützung wird gewährt nach einer Beitragsleistung von

Beitrag	52 Wochen	156 Wochen	260 Wochen	416 Wochen
0,20	1,-	1,20	1,40	1,60
0,30	1,50	1,80	2,10	2,40
0,40	2,-	2,40	2,80	3,20
0,60	3,-	3,60	4,20	4,80
0,80	4,-	4,80	5,60	6,40
1,-	5,-	6,-	7,-	8,-
1,20	6,-	7,20	8,40	9,60
1,40	7,-	8,40	9,80	11,20
1,60	8,-	9,60	11,20	12,80

§ 18. Fahr- und Umzugsgelder.

Ziffer 2. Fahr- und Umzugsgelder kann ein Mitglied innerhalb 52 Wochen nur je einmal erhalten, und zwar durch Bewilligung der Fahrlistenverwaltung. Fahrgelder dürfen usw.

In Ziffer 3 wird der Satz: „Die bewilligten Fahrgelder dürfen innerhalb 52 Wochen den Gesamtbetrag von 800 Mk. unter keinen Umständen übersteigen“, gestrichen.

Ziffer 6 soll lauten: Ein zweites Mal innerhalb 52 Wochen können Fahr- und Umzugsgelder nur dann bewilligt werden, und zwar nur durch den Verbandsvorstand, wenn Maßregelung wegen Verbandszugehörigkeit oder Tätigkeit für den Verband vorliegt.

Ziffer 7. An Umzugsgeldern können dem Mitgliede bis zwei Drittel der entstandenen Kosten für den Transport der Hausgerätschaften gewährt werden.

§ 19. Sterbegeld.

Das Sterbegeld beträgt:

Beitrag	52 Wochen	260 Wochen	520 Wochen
0,20	6,-	10,-	15,-
0,30	9,-	15,-	22,50
0,40	12,-	20,-	30,-
0,60	18,-	30,-	45,-
0,80	24,-	40,-	60,-
1,-	30,-	50,-	75,-
1,20	36,-	60,-	90,-
1,40	42,-	70,-	105,-
1,60	48,-	80,-	120,-

§ 21 und 22. Streit- und Maßregelungsunterstützung.

Unterstützung wird gewährt nach einer Beitragsleistung von nach 26 bzw.

Beitrag	unter 52 Wochen	nach 52 Wochen	nach 260 Wochen
0,20	2,40	3,20	4,-
0,30	3,60	4,80	6,-
0,40	4,80	6,40	8,-
0,60	7,20	9,60	12,-
0,80	9,60	12,80	16,-
1,-	12,-	16,-	20,-
1,20	14,40	19,20	24,-
1,40	16,80	22,40	28,-
1,60	19,20	25,60	32,-

Kinderzuschlag.

Bei Streit und Maßregelung wird pro Woche und Kind unter 14 Jahren ein Zuschlag von 1 Mk. der Streit- und Maßregelungsunterstützung zugerechnet.

Die Beiträge gelten ab 1. Juni 1924.

Die Unterstützungen treten nach 17wöchiger Beitragszahlung, also frühestens am 1. Oktober 1924 in Kraft.

Das deutsche Steuersystem.

Eine lehrreiche Zusammenfassung und Kritik des gegenwärtigen deutschen Steuersystems bringt das Juniheft der von Rudolf Hilferding herausgegebenen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ aus der Feder von Hans Reiber. Ihr entnehmen wir folgende Feststellungen: 1. Die Steuerlast der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie kann man wohl mit 25 bis 40 Prozent ihres Einkommens anschlagen. An sich ist diese Belastung nicht höher als die in Frankreich, und wesentlich geringer als in England, wo aber die Einkommen ungleich höher sind als in Deutschland. 2. Die Arbeiter und Angestellten werden neben der Lohnsteuer von 10 Prozent dank der Verbrauchssteuern mit mindestens nochmals 10 Prozent besteuert. 3. Durch die enormen Einkünfte aus der Umsatzsteuer, die eine Verbrauchssteuer darstellt, ist der Ertrag der Verbrauchssteuern größer als der der direkten Steuern, die mit 2,1 Milliarden Goldmark bei 5,8 Milliarden Gesamteinkommen nur 35 Prozent der Einnahmen liefern. 4. Von der Umsatzsteuer abgesehen, ist der Ertrag der Verbrauchssteuern gegenwärtig trotz der enormen Erhöhung der Steuern nicht hoch genug. Die Bruttoeinkünfte wurden um 125 Prozent gegen 1913 erhöht, infolge des Rückganges des Verbrauches ist jedoch deren Ertrag um die Hälfte geringer als vor dem Krieg. Die Rolle der Verbrauchssteuern ergibt sich aus der Erhöhung auf das Doppelte von 23 auf 46 Prozent der Einnahmen auf Bier trotz der Erhöhung um 80 Prozent auf die Hälfte der Vorkriegseinkünfte. Rechnerisch sieht es beim Zucker, wo der Steuerfuß zwar um die Hälfte erhöht, der Steuerertrag dennoch um die Hälfte zurückgegangen ist. Nur beim Tabak entsprach einer Verdoppelung des Steuerfußes die Verdoppelung des Steuerertrages. Aus Reibers Kritik des Steuersystems ist folgendes hervorzuhelien: 1. Steuern können auf die Dauer nur aus dem Reinertrag, nicht aber aus der Substanz geleistet werden. Dagegen ist es richtig, die Steuerbemessung nach dem Sachwert zu bestimmen. „Bemessung nach dem Sachwert, Zahlung nach dem Einkommen“ — soll der Sinn der Sachwertföassung sein. Dementsprechend ist er Kritik an der gegenwärtigen Steuerbemessung nach

Umsatz, bzw. Vermögenswert. Bei der Besteuerung der Unternehmen soll das Unternehmungskapital ohne Abzug des geliebten Kapitals zur Grundlag dienen. Er erwartet davon die Senkung des Zinsfußes für das Leihkapital. 2. Die Umsatzsteuer, bzw. die Bemessung der Einkommensteuer nach dem Umsatz ist nicht haltbar. Damit wird übrigens auch im Bericht der Sachverständigen gerechnet. Insbesondere weist Reiber darauf hin, daß der Unternehmer, welcher die Umschlagperiode der Waren verkürzt oder um der technischen Verbesserung seines Betriebes willen größere Kapitalien in diesen anlegt, dafür erhöhte Umsatzzsteuern bestraft wird. 3. Die Verteilung der Steuern zwischen Reich und Staaten, bzw. Gemeinden wird für die Zukunft nicht aufrechtzuerhalten sein. Letztere beziehen jetzt 90 Prozent der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, auch wurde die Meiststeuer ihnen zugewiesen. Diese Steuern sind aber nach Ueberwindung der Wirtschaftskrise jedenfalls entwicklungsunfähig, während das Reich außer den Verbrauchs-, Verkehrs- und Vermögenssteuern nur die Umsatzsteuer für sich hat, die eben abgebaut werden soll. Diese Verteilung der Steuern muß später abgeändert werden, wenn das Reich Einnahmeüberschüsse zu Reparationszwecken zur Verfügung stellen soll. 4. Reiber meint, daß die Staaten und Gemeinden auch ohne den Ertrag der Meiststeuer ihr Auskommen finden können, weshalb die Erträge aus der Meiststeuer zu anderen Zwecken verwendet werden können. 5. In Anbetracht der Reparationsleistungen stellt Reiber die zu erwartenden Mehrausgaben und Mehreinnahmen in einer Tabelle zusammen. Da aber die Mehreinnahmen einen durchaus zweifelhaften Charakter haben, gelangt er zu der Schlussfolgerung, daß die Sachverständigen die deutsche Leistungsfähigkeit außerst hoch eingeschätzt haben.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.

Am 31. Mai d. J. fand die 1. Generalversammlung der Deutschen Kapitalverwertungs-Gesellschaft m. b. H., die, wie erinnerlich, im Frühjahr v. J. gegründet worden ist, statt.

Die Aufgabe der Deutschen Kapitalverwertungs-Gesellschaft bestand, da im vorigen Jahre die Gründung der geplanten größeren Gewerkschaftsbank nicht möglich war, darin, unter möglichst geringem Speisenaufwand die Vorbereitungen für die Gründung der größeren Gewerkschaftsbank zu treffen. Die Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft sollte versuchen, die Gewerkschaftsgelder, die frei waren, bei sich zu konzentrieren, um sie zweckmäßig anzulegen und die Differenzrenten, die bisher den Privatbanken zufließen, ihren eigenen Mitteln wieder zuzufließen zu lassen.

Die Geschäftsführer der Deutschen Kapitalverwertungs-Gesellschaft waren die überaus große Mehrheit der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem A.M.-Bund angeschlossenen Zentralverbände.

Wie immer die Lebenshaltung sich entwickeln mag, die Gewerkschaften werden sie stets auf einem höheren Niveau halten, als sie sonst einnähme. Sie bewirken bei allgemein steigender Lebenshaltung, daß diese für die organisierten Arbeiter rascher steigt, bei allgemein sinkender Lebenshaltung, daß sie für die organisierten Arbeiter langsamer sinkt, als es sonst der Fall wäre. Das sind die Erfolge der Gewerkschaften in bezug auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Diese Erfolge erzielen sie unter allen Umständen, und sie allein schon machen die Gewerkschaften unentbehrlich für die Arbeiterklasse, ja, man könnte fast sagen, unentbehrlicher noch in Zeiten absteigender, als in Zeiten aufsteigender Lebenshaltung, unentbehrlicher in den Zeiten der Krise, der Arbeitslosigkeit, als in Zeiten der Prosperität, wenn Arbeiter gesucht sind und auch der einzelne seine Bedingungen stellen kann. Kautsky

Der Geschäftsbericht der Deutschen Kapitalverwertungs-Gesellschaft zeigt, daß sie die Aufgaben in vollem Maße erfüllt hat, trotzdem die ungünstigen Verhältnisse, die durch den Währungsverfall im Jahre 1923 verursacht wurden, die Grundlagen für die Wirksamkeit der Deutschen Kapitalverwertungs-Gesellschaft im Laufe des Jahres 1923 stark erschütterten. Die Finanzkraft der Gewerkschaften, aus der die Gesellschaft ihre Kraft schöpfen sollte, schwand dahin. Trotzdem die Geschäftstätigkeit den geplanten Umfang niemals erreicht hat, da die Gewerkschaftsgelder, die uns zur Verfügung standen, immer weniger wurden, konnte die Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft doch sehr gute Erfolge erzielen.

Sie hat außerdem in vielen Fällen einzelnen Verbänden Ratsschlüsse geben können, um ihr Vermögen möglichst vor der Gelbentwertung zu schützen. Sie hat für diese Verbände auch alle bankmäßigen Geschäfte ausgeführt und war schließlich in der Lage, in den schwierigen Monaten Oktober und November 1923 vielen Verbänden durch Kreditübergabe zur Seite zu stehen.

Außerdem war es ihr möglich, ihren Geschäftskreis auch auf nichtgewerkschaftliche Organisationen und Institute, die der Arbeiterkraft nahestehten, auszudehnen. Sie hat also die Voraussetzungen geschaffen, die zur Gründung einer größeren Bank notwendig sind.

Die Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft war in der Lage, das eingezahlte Gesellschaftskapital zum vollen Goldwert der Einzahlung zu erhalten, darüber hinaus 10 Prozent Dividende in Gold an die Gesellschafter zu zahlen und nach reichlichen Abschreibungen der Vermögensbestände Reserven zurückzustellen, die zur Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft verwandt werden.

Als die Währung stabil wurde, also anzunehmen war, daß die Gewerkschaftsvermögen wieder langsam anwachsen würden, hielt der Aufsichtsrat es für zweckmäßig, die geplante Gründung dieser größeren Bank vorzunehmen. In der Generalversammlung der Deutschen Kapitalverwertungs-Gesellschaft wurden entsprechende Beschlüsse gemacht und angenommen.

Die Gründung der

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. ist am 31. Mai 1924 formell erfolgt, und zwar mit einem vollen eingezahlten Kapital von 750 000 Goldmark.

Die Gründung haben sich alle dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, die Mehrheit der dem A.M.-Bund und einige der dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Verbände beteiligt.

Bis zur Eröffnung der Geschäftstätigkeit der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., wird noch einige Zeit verstreichen, da erst die für die Gründung einer Aktiengesellschaft sehr zahlreichen Formalitäten erledigt werden müssen.

Die Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft hat durch ihre Entwicklung schon bewiesen, welche Möglichkeiten für eine Bank bestehen, die eine Zusammenfassung der sich sammelnden Gewerkschaftsgelder herbeiführt. Sie hat durch ihren Erfolg die Zurückhaltung, die einem solchen gewerkschaftlichen Unternehmen in vielen selbst gewerkschaftlichen — Kreisen gegenüber bestanden hat, überwunden. Es wird selbstverständlich weiter versucht werden — entsprechende Verhandlungen sind im Gange — die anderen Zweige der Arbeiterbewegung, die den Gewerkschaften nahestehten, wie die Genossenschaften und andere Wirtschaftsbetriebe der Arbeiterschaft, an der neuen Bank zu interessieren und so eine Konzentration der Finanzkraft der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Es ist auch geplant, wenn die Zeit dafür geeignet erscheint, eine Sparkasse für die Arbeiterschaft im weitesten Sinne der Bank anzugliedern, um so eine Finanzkraft zu schaffen, die im Dienste der Arbeiterschaft letzten Endes wieder als wirkungsvoller Machtfaktor eingesetzt werden kann.

An den Hauptplätzen des Reiches sollen später Filialen gegründet und so der Geschäftskreis der Bank ausgedehnt werden. Selbstverständlich wird die Erreichung dieses Zieles nicht von heute auf morgen möglich sein, sondern auch hier wird man vorsichtig vorgehen müssen, um Mißschliffe zu vermeiden.

Es wird noch nötig sein, auf die Aufgaben der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.“ und die Möglichkeiten ihrer Entwicklung und die sich daraus ergebende Möglichkeit zur Befruchtung aller gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen später näher einzugehen.

Die soziale Reform in Frankreich.

Der Sieg der Linksparteien in Frankreich, als dessen Folge eine radikale Regierung mit sozialistischer Unterstützung die Macht ergriff, eröffnet einen neuen Abschnitt der sozialen Bewegung. Vor dem Kriege waren die französischen Gewerkschaften rein syndikalistisch, das heißt staats- und parlamentarisch eingestellt und wollten von Sozialpolitik nichts wissen. Erst während des Krieges, noch mehr aber in den zwei Jahren, die auf den Krieg folgten, wurde die Tätigkeit der Gewerkschaften auch auf das Gebiet der Sozialpolitik ausgedehnt, worin man mit Recht eine grundsätzliche Wandlung erblicken kann. In den Jahren 1918/19 ist eine Anzahl sozialpolitischer Gesehe, unter ihnen das über den Achtstundentag, entstanden, außerdem haben die bisher in Frankreich kaum bekannte Tarifverträge in einer Anzahl wichtiger Industriezweige und in der Seeschifffahrt Fuß gefaßt. Die Regierung hat den Abschluß von Tarifverträgen mit gleitender Lohnskala gefördert. Das Jahr 1920 bezeichnet den Umschwung: damals wurde ein schlecht vorbereiteter und noch schlechter ausgeführter Generalkongress niedergegangen und damit legte eine Periode der ärgsten sozialen Reaktion mit Verhaftungen und Verfolgungen ein. Die Spaltung der Gewerkschaften, die Wirtschaftskrise und die starken Organisationen der Unternehmen haben die Entfaltung der politischen und sozialen Reaktion, die im Parlament durch den Nationalstad vertreten war, gefördert. Der jetzt gestirnte Staatspräsident Millerand war der Vorführer der sozialen Reaktion. Seine Rede in Oureux zeigt ihn an der Spitze der Scharfmacher. Die Berichte haben die Auflösung des Gewerkschaftsbundes — die allerdings nicht erfolgte — ausgedröckten, das Recht der Beamten zur gewerkschaftlichen Organisation wurde von der Regierung nicht anerkannt. Der Abschluß von Tarifverträgen ging sehr zurück. Der Gesehentwurf über die Sozialversicherung wurde jahrelang verschleppt und erst im April 1924 kurz vor den Wahlen in der Kommission erledigt. Diese Sozialversicherung sieht zwar neben Kranken- und Invalidenrenten auch Altersrenten vom 60. Jahr an und andere Arten von Versicherung vor, ihre geplanten Leistungen sind aber sehr gering bemessen. Die Beiträge sollen von Unternehmern und Versicherten geleistet werden, während der Staat nur gewisse Zuschüsse gewährt. Der Verwaltungsapparat ist außerst unwirksam geachtet. Die neue Regierung soll nun in erster Linie diese Vorlage mit den gewünschten Verbesserungen unter Dach und Fach bringen. Das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag wurde von Frankreich noch nicht ratifiziert, weil die reaktionäre Regierung sich die Möglichkeit offen halten wollte, das nach dem Waffenstillstand eingeführte Gesehe über den Achtstundentag durch verschiedene Ausnahmbestimmungen zu lockern. Laut Auflage des neuen Ministerpräsidenten Herriot soll jetzt das Versäumte nachgeholt werden. Die im C. G. T. vereinigten freien Gewerkschaften verlangen außerdem vom neuen Parlament die Schaffung eines Vertriebsrätegesetzes nach deutschem Muster, das die Verhältnisse zur industriellen Selbstverwaltung bilden soll. Sie verlangen außerdem die Gründung eines von Arbeitern und Unternehmern paritätisch eingesehten Wirtschaftsrates, der in jeder Wirtschafts- oder sozialen Frage gehört werden muß. Als unmittelbar zu verwirklichende Reformen fordern die Gewerkschaften die Errichtung neuer Monopole, wie für Petroleum und Zucker. (Die von der alten Kammer beschlossene Abschaffung des Rindkaufmonopols wird jetzt wieder aufgehoben.) Auch die Verkstaatlichung des Versicherungswesens wird gefordert. Auf steuerpolitischem Gebiet verlangen die Gewerkschaften statt der hohen Verbrauchssteuern die strenge Durchführung der Einkommensteuer und die Vermögensabgabe. Herriot hat sich in seinem an die sozialistische Partei gerichteten Brief zur Durchführung dieser Steuerreform bekannt.

Regelung der Besatzungszulage.

Das zur Regelung der Besatzungszulage eingesehte Schiedsgericht hat unter Mitwirkung der Herren Oberregierungsrat Caesar, unparteiischer Vorsitzender, Direktor Berg, Bonn, Rechtsanwält Rndis, Selb, Syndikus Dr. Rock, Rudolstadt — als Arbeitgeberbeisitzer — Karl, Berlin, Griesbach, Dresden, Riegelmaier, Berlin — als Arbeitnehmerbeisitzer — folgenden einstimmigen Schiedsspruch abgegeben:

Die Besatzungszulage wird bis zum 12. Juli einschließlich in der bisherigen Höhe weitergezahlt. Für die Zeit vom 13.—26. Juli einschließlich wird sie in halber Höhe gezahlt. Vom 27. Juli ab ruht die Zahlung der Besatzungszulage. Monatlich sofort nach Erscheinen der erforderlichen Zahlen ist von den Organisationen nachzuprüfen, inwieweit sie zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet eine Differenz ergibt. Uebersteigt die Differenz 3,5 Prozent, so ist über die Wiederaufnahme der Zahlung und ihre Höhe unverzüglich zu verhandeln.

Berlin, den 7. Juli 1924.

ges. Dr. Caesar, Oberregierungsrat.

Gewerkschaftliches.

Störner. Der Vorstand hat am 29. Juni die Wochenbeiträge für Vollmitglieder auf 1,20 Goldmark, für Gewerkschaftsmitglieder auf 0,90 und für Invalidentassenmitglieder auf 0,30 Goldmark erhöht. Der Beitrag in der Lehrlingsabteilung beträgt 0,10 Goldmark. Im 3. Quartal werden außerdem zwei Extrabeiträge zu je 1 Goldmark erhoben. Vom 29. Juni an werden auch die Unterstützungsbeiträge erhöht. Die Erhebung der Extrabeiträge wird begründet mit der Notwendigkeit, die von verschiedenen Verbänden beschlossene Verlegung des „Korrespondent“ nach Berlin in die Wege zu leiten, die nach eingehender Prüfung nur durchgeführt werden kann, wenn zugleich gemäß dem Nürnberger Verbandstagsbeschlusse, die Errichtung eines Verbandsbüros in Angtriff genommen wird.

Fabrikarbeiter. Nach dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Verbandes für 1923 betrug die Mitgliederzahl Ende 1922 733 013, Ende 1923 522 294, im Jahresdurchschnitt 674 149. Der starke Mitgliederverlust trat vom 3. zum 4. Quartal 1923 infolge der schweren Wirkungen der Inflation und der Arbeitslosigkeit ein. „Viel Unfertiges, Ungeundes wurde im Berichtsjahr aus dem Verband ausgegliedert. Langsam wird der Aufstieg der Mitgliederzahl wieder vor sich gehen. Aus dieser normalen Entwicklung entsteht die gesunde, kräftige Organisation, zusammengesetzt aus einer Mitgliedschaft, die nicht Stimmungsondern Ueberzeugung zum Verband gebracht hat.“

Für Frauen und Mädchen

Arbeiter-Führerinnen.

In der englischen Regierung sitzt bekanntlich Tom Shaw, der Sekretär der Textilarbeiterinternationale, als Arbeitsminister. Seine rechte Hand ist Margret Bonfield.

Aus ihrem Lebenslauf ist bekannt geworden, daß sie von frühestem Jugend an zum Verdienen gezwungen, herumgestoben und freudlos am eigenen Leib die traurige Jugend des Proletariats durchlebte. Als ihr als achtjähriges Mädchen beim Besuch einer Sonntagsschule prophezeit wurde, sie werde einmal eine große Schauspielerin werden, machte sie das sehr stolz. Das ist zwar nicht eingetroffen, daß sie aber Tausende durch ihre Rede begeistern kann, beweist Margret Bonfield in jeder Versammlung. Sie erzählt selbst aus ihrer Londoner Lehrmädchenzeit, wo sie, lern- und lesehungrig, sich die Pfennige vom Munde absparte, um Perlen kaufen zu können. Denn ihre große Leidenschaft war das Buch. Heißhungerig verschlang sie Bücher aller Art, wahllos und lunterdunt las sie alles, was ihr in die Hand kam, nur der Leidenschaft des Lesens folgend, bis sie eines Nachts auf eine gewerkschaftliche Propagandastraße stößt. Da leuchten ihre Augen. Es gab also Hilfe für Menschen, die gleich ihr der Willkür der Unternehmer ausgeliefert waren. Man war nicht machtlos, wenn nur erst alle aus ihrer kleinen zu haben drückenden Margelei die sich aufhebende bewußte Unzufriedenheit der Gesamtheit zu machen verstehen.

Sie geht zu einer gewerkschaftlichen Versammlung, wo sie den Worten des Redners wie einem Evangelium lauscht. Da hat sie ihren Lebensberuf gefunden. Ein Jahr später ist sie tätiges Mitglied der Handelsangestellten-Gewerkschaft und schon mit 23 Jahren wird sie deren offizielle Vertreterin im Gewerkschaftsrat. Unermüdet lernt sie weiter, denn die junge Agitatrice ist immer unzufrieden mit sich, obwohl die anderen sehr stolz auf sie sind. In den Fragen des Arbeiterinnenkampfes und der gewerkschaftlichen Propaganda wird sie führend. Ihre erste Arbeit, ihr beschwerendes, aber energiegelades Wesen sowie ihr starker Wille zu helfen, verschaffen ihr überall Freunde. Ihrer Unzufriedenheit mit der schlechteren Bezahlung der Frauenarbeit und den unhygienischen Zuständen in den Fabriken verbanden die englischen Arbeiterinnen eine große Menge wichtiger sozialpolitischer Neuerungen.

Nun ist die Lebensart dieser kaum fünfzigjährigen durch Verweisung in die höchsten Lebensstellen getront worden, die kaum jemals eine Frau in der Welt der Arbeit bekleidet hat. Sie wurde von der obersten Körperschaft der englischen Gewerkschaften zur Vorsitzenden des englischen Gewerkschaftskongresses gewählt. Damit nimmt zum ersten Male eine Frau diesen verantwortlichen Posten ein, der das Vertrauen von fünf Millionen englischer Arbeiter und Arbeiterinnen verkörpert. Wenige Wochen später zog sie mit zwei anderen Genossinnen als erste weibliche Abgeordnete der Arbeiterpartei in das Parlament ein. Als nach dem großen Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei die englische Arbeiterpartei die Regierung des britischen Weltreichs übernommen hatte, wurde sie als Unterstaatssekretärin in das Arbeitsministerium berufen, um dort ihre reiche und vielseitige Erfahrung zum Wohle der Hunderttausende Frauen in den Fabriken und Kontoren zu verwenden. Ihrer ganzen Einstellung nach wird diese ewig Unzufriedene nicht eher ruhen, als bis es ihr gelungen ist, die arbeitenden Frauen ihres Landes zufriedener zu machen.

So wirkt Margret Bonfield als leuchtendes Beispiel dafür, daß auch eine einfache Arbeiterin zu den höchsten Staatsstellen emporsteigen kann, sofern sie mit Lust und Liebe zum Lernen sozialen Verständnis für die Leiden ihrer Geschlechts- und Klassenangehörigen verbindet.

Einen anderen Aufstieg nahm Frau Nina Bang, der erste weibliche Minister Dänemarks und wohl überhaupt der Welt. Sie war zwar kein Proletariatskind, sondern entstammt einer Adanten- und Gelehrtenfamilie. Dementsprechend war auch ihre Erziehung eine andere. Sie erwählte den Lehrberuf, wurde aber kurz nach Ablegung ihres Magisterexamen in Geschichte den 1915 verkörbenden dänischen Minister des Sozialismus, Dr. Gustav Bang, mit dem sie sich in dem gemeinsamen Erben für den Sozialismus zusammengefunden hatte. Sie gehörte dem Mitarbeiterstab des „Sozialdemokraten“, dem Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei, seit 1913 der Kopenhagener Stadtverordnetenversammlung und seit 1918 der ersten dänischen Kammer und dem Finanzamt an.

Befragt, ob sie ihre Berufung ins Ministerium erwartet hatte, sagte sie, nachdem die Partei lange Jahre im Kampf gestanden, ohne zum Sieg zu kommen, es komme ihr nicht überaus, ins Ministerium berufen zu werden, als die Sozialdemokratie die stärkste Partei Dänemarks geworden war. Sie hält es auch für äußerst bedeutsam, zu dieser Stelle berufen zu sein, weil in Kopenhagen über Hunderttausend Frauen über 25 Jahre alt leben, die allein leben. . . Witwen, Geschiedene, Auserkettete, die für das tägliche Brot arbeiten müssen. Es kann für sie vielleicht einen gewissen Wert haben, daß eine Frau im Ministerium sitzt.“ Sie sagt von sich: „Ich war so glücklich, vor 25 Jahren vom Sozialismus ergriffen zu werden, der gar

keine Frage, durchaus keine Frauenfrage, sondern die Frage an und für sich für Männer wie für Frauen war. Dem Sozialismus mühten alle die Hunderttausende einsamstehende Frauen angehören.“

Als frühere Lehrerin sagt ihr das Unterrichtsministerium besonders zu. Sie hält es für eine Art Genugtuung für die Frauen, wenn sich der Kopenhagener Universität, die von einer Frau gegründet wurde, wieder eine Mitschwester annimmt. Wenn sie von ihrer Tochter deren Kritik über das Schulwesen höre, dann müsse sie zugeben, daß auch sie viele Fehler begangen habe und alle Hände voll zu tun bekomme, um ihren Aufgaben, deren Durchführung viel Geld koste, gerecht zu werden. Auch diese Achtundfünfzigjährige, die ein arbeitsreiches Leben hinter sich hat, wird den Frauen und der Jugend ihres Landes noch viel zu geben vermögen.

Nehmt mehr Anteil am Verband!

Aus dem Mitgliederstand unseres Verbandes läßt sich ersehen, daß die Frauen und Mädchen einen großen Prozentsatz unserer Organisation darstellen. Im ähnlichen Maße sind auch die Frauen in der feinkamerischen Industrie tätig. Wie das Zahlenverhältnis ist, lassen die Mitgliederbestände der beiden letzten Jahre erkennen. Das wenig gestörte Jahr 1922 zeigt die Zunahme unseres Verbandes genau wie die Vergrößerung der Industrie vor sich ging. Im ersten Vierteljahr wurden beim Abschluß 30 028 weibliche gegen 35 005 männliche Mitglieder gezählt, im zweiten Vierteljahr waren es 31 532 weibliche gegen 36 271 männliche, im dritten Vierteljahr 32 958 weibliche gegen 37 583 männliche und im vierten Vierteljahr 34 346 weibliche gegen 38 635 männliche. Die stetige Zunahme brachte im dritten Vierteljahr 1923 den Höchststand unseres Verbandes mit 75 815 Mitgliedern, von denen 35 375 weibliche und 40 440 männliche waren.

Von jenem Zeitpunkt ab ging es wieder im Verhältnis zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse abwärts. Genau Zahlen lassen sich darüber noch nicht angeben, aber soviel kann gesagt werden, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder sich um 30 000 und die der männlichen gegenwärtig um 35 000 herum bewegt. Wenn man berücksichtigt, daß die elektrotechnische Porzellanindustrie und die Puppenkopffabrik Auftragsmangel haben und verläßt arbeiten, sowie a. Z. Betriebe stilllegen, so ist unser Mitgliederstand noch gut zu nennen. Mit Ausnahme einiger zerstörter Bahnhallen ist trotz aller Schwierigkeiten unser Gesamtmitgliedsstand intakt geblieben. Wie stark aber selbst die Abtrünnigen insgesamt zum Vorteil der Unternehmer wirken, liegen die Ereignisse der letzten Monate nur zu gut erkennen. Die Unternehmer hätten kaum Erfolge gehabt, wenn unsere Reihen noch völlig geschlossen gewesen wären. Die Absicht der Unternehmer persönlich beabsichtigten mit ihrem Schritt keineswegs, die Unternehmer zu unterstützen, aber indirekt wirkte sich ihr Verhalten so aus, und auf diese Wirkung — selbst wenn sie nicht gewollt war — kommt es bei Wirtschaftskämpfen an. Unsere Kollegenschaft, vor allem unsere Kolleginnen, werden besonders auf diesen für die Arbeiterpartei so gefährlichen Umstand hingewiesen, weil es erst kürzlich wieder eine Zeit gab, in der es zum Schlagwort werden sollte: „Der Verband bringe nichts mehr; es sei zwecklos, Beiträge zu bezahlen.“ Diese Anschauung hat sich zum Glück verflüchtigt, aber in wenigen verschrobenen Köpfen spukt sie immer noch.

Da es in dieser Hinsicht leichter ist, Frauen und Mädchen rein gefühlsmäßig gegen den Verband, seine Instanzen oder seine Führung aufzubringen, um sie damit organisationsmüde zu machen, ist es angebracht, darauf zu verweisen, daß jede Schwächung geschlossener Reihen — ganz gleich, aus welchen Gründen sie vollzogen wird — dem Unternehmertum zum Nutzen gereicht. Das ist der Kernpunkt, der vielfach gänzlich übersehen wird. Im Gemeinschaftsleben einer Organisation verschwindet an und für sich das Einzelleben, sobald es aber durch Absichtstreben die Gemeinschaft stört, wirkt es schädigend, weil der Gegenorganisation damit eine Blöße aufgedeckt wird, deren Vorhandensein sie zu ihrem Vorteil ausnützen wird.

Am dem wirtschaftlichen Gegner keine Vorteile daraus ziehen zu lassen, haben wir alle die Verpflichtung, die uns abtrünnig Gewordenen auf den gemachten Fehler hinzuweisen. Als Angehörige unserer Klasse müssen sie begreifen lernen, daß sie, wenn sie nicht absichtlich als Verräter wirken wollen, der Organisation angehören und ihr Opfer bringen müssen. Ein Beiseitstehen ist eine Verfündigung an der Arbeiterklasse.

Was der Verband für einen Zweck hat, ist in der Nr. 27 der „Ameise“ eingehend dargelegt worden, und jedes Mitglied hat entsprechende Erfahrungen gesammelt, es braucht also nicht erst eine ellenlange Begründung dafür gegeben werden. Aber was viele noch nicht wissen, ist, daß der Gemeinschaftsgeist zum Organisationsleben gehört.

Wollen wir ihn pflegen und unsere Pflicht erfüllen, dann werden wir weniger für den Bestand unserer Mitglieder, als

vielmehr für die Erweiterung ihrer geistigen Besitztümer zu kämpfen haben. Wissen ist immer noch Macht, und davon muß sich die Arbeiterpartei recht viel erkämpfen, wenn sie Sieger bleiben will. Mögen auch unsere Kolleginnen unermüdet die Schwierigkeiten mit überwinden helfen, damit sie die Gleichberechtigung mit dem Manne erlangen und ihre Achtenbrödelrolle in der Gesellschaft endlich einmal abwerfen können.

Durch Kampf zum Sieg! heißt ihre Losung.

Die GGG.

Die Großeinkaufsgesellschaft ist die wirtschaftliche Zentrale der Konsumvereine und ist sowohl als Einkaufs- wie als Fabrikations-Großbetrieb tätig. Der Höchstjahresumsatz, der unter günstigen Umständen in diesem Jahre erreicht wird, betrug im Jahre 1914 über 157 Millionen Mark. Die Gesellschaft vermittelte also fast ein Drittel der von ihnen benötigten Bedarfsgüter. Sie beschäftigt in ihrer Hamburger Zentrale und ihren vielen, über das ganze Reich verteilten Betrieben über 2000 Personen. Zur Erleichterung der Belieferung der Vereine sind Lagerhäuser errichtet in Hamburg, Spandau, Pilsen, Breslau, Magdeburg, Minden, Düsseldorf, Erfurt, Chemnitz, Nürnberg, Ludwigshafen und Mannheim. An eigenen Fabriken sind vorhanden: drei Zigarrenfabriken in Hamburg, Hohenheim und Frankenberg, eine Kautschukfabrik in Nordhausen, zwei Tabakfabriken in Hamburg und Burgsteinfurt, eine Zigarettenfabrik in Stuttgart, zwei Seifenfabriken in Düsseldorf und Gröba, eine Fleischwarenfabrik in Hamburg, eine Leinwandfabrik in Gröba, eine Seifenfabrik in Chemnitz, eine Holzwarenfabrik in Dortmund, zwei Zündholzfabriken in Lauenburg (Elbe) und Gröba, eine Fabrik chemisch-technischer Artikel in Gröba, eine Kistenfabrik in Gröba, eine Kaffeerösterei in Chemnitz, eine Fabrik für Fischkonserven und Räucherwaren und eine Schokoladen- und Kuchwarenfabrik in Altona, Fabriken für Textilherstellung und Konfektion in Oppach, Leopoldsdorf, Dresden und Seiffenhersdorf, eine Wurstfabrik in Schönbeide, Ausschlaggebend bzw. in großem Umfang beteiligt ist die Gesellschaft ferner an den Sächsischen Beschleunigungswerken (Schuhwaren und Konfektion) in Dresden, einer Mälzerei in Wangen i. Allgäu und an der Fleischfabrik-Gesellschaft (Wurstfleisch) in Hamburg. An die großen Betriebe sind noch kleinere Kaffeerösterei, Getreidemühle, Delabjillerei, Weintellerei und Werkstätten, Laboratorien und anderes mehr) angegliedert. Es handelt sich ausschließlich um ganz modern eingerichtete, leistungsfähige Betriebe größeren Ausmaßes.

Diese Gesellschaft mit ihren Betrieben, Lagern und Verteilungswegen ist ein Werk, das sich aus kleinen Anfängen heraus zu einer mächtigen Organisation entwickelt hat. Der ruhigen Tätigkeit und der Treue vorwärtsstrebender Arbeiterfamilien verdankt sie ihre Größe. Die GGG könnte jedoch noch viel mächtiger sein, wenn die Gewerkschafter und ihre Familien restlos auch genossenschaftlichen Gemeinschaftsgeist pflegen würden. Daß noch Hunderttausende gegnerische Existenzen ihren Lebensunterhalt im Arbeiterhaushalt verteuern und zwischenhandeln finden, ist eigentlich eine Verfündigung der Arbeiterklasse an sich selbst.

Darum vereinigt eure zusammengeschlossene Kaufkraft in den Konsumgenossenschaften, stärkt unablässig die Organisationen der Arbeiterpartei, damit wir auch auf diesem Gebiete unserer Befreiung ein Stück näher kommen.

Kultur der Familie. Nach den „Medizinisch-statistischen Nachrichten“ entfallen von allen Verunglückten auf ein Kind bis zu 15 Jahren rund 25 Proz. Trotz der hohen Zahl der Unglücksfälle, die das kapitalistische Getriebe heute mit sich bringt, stellen die Kinder allein den vierten Teil aller Verunglückten dar! Welch ein dunkles Licht wirft diese Tatsache auf die proletarische Not daheim! Und dennoch gibt es Menschen, die da erklären, Kultur sei möglich ohne eine Kulturumstellung der Wirtschaft. Sie mehr das Proletariat sich durch den gewerkschaftlichen Kampf wirtschaftliche Rechte erzwingt, um so größer ist die proletarische Kultur.

Die Ueberarbeitung der Frau. Untersuchungen von Roth haben bewiesen, daß die Ursache von Neurasthenie und Blutarbeit bei den Arbeiterfrauen in den meisten Fällen die Ueberarbeitung ist. Und wenn die gewerbliche Arbeit die Kraft der Frau nur mäßig in Anspruch nimmt, liegt meist Ueberarbeitung vor, da die Frau noch das Hauswesen mitverehen muß. Die wirtschaftliche Not des Proletariats hat heute wieder viele Frauen zur Mitarbeit gezwungen. Das bedeutet aber zugleich eine Gefahr für die Nachkommenschaft. Fehlgeburten, Totgeburten, lebensschwache Kinder und große Sterblichkeit im ersten Lebensjahre sind vielfach die Folge dieser Ueberarbeitung. Darum verlangen sowohl die Kultur der Familie wie die Wohlfahrt des Volkes eine ausreichende Entlohnung der Arbeiter.

Trotz alledem!

Trotz alledem und alledem:
So kommt denn an,
trotz alledem!
Ihr hemmt uns,
doch ihr zwingt uns nicht:
Unser die Welt trotz alledem!

Die Kulturidee des Gewerkschaftskampfes.

„Was ist alles, was in Jahrtausenden die Menschen taten und dachten, regen einen Augenblick der Liebe?“ So fragte vor Hundert Jahren der große idealistische Dichter Friedrich Schiller. Welch ein tiefes Gefühl spricht zu uns aus diesem Worte! Wir fühlen sofort Geist von unserem Geiste und Seele unserer Seele. Liebe ist im Menschen der heiligste Funke der Gütlichkeit.

Und dennoch Kampf? Und dennoch Klassenkampf? — Auch das! Gewiß! Auch hierzu stehen wir mit unserer ganzen Persönlichkeit.

Wohnen denn da aber zwei Seelen in unserer Brust? Ist das ein Stück des Ringens von Mephisto mit Faust? Nein, denn beides quillt heraus aus einem letzten Erkennen und Fühlen: Wir wollen den Kampf um der Liebe willen.

Das ist es, was uns in allerletzten Grunde von den anderen Gewerkschaften unterscheidet, dieser letzte große Sinn. Wohl wollen auch wir natürlich das wirtschaftliche Recht jedes einzelnen. Wovon, ist uns die Erfüllung des wirtschaftlichen Rechtes die große Aufgabe des Tages. Doch wird die Gewerkschaftsbewegung durch ihre wachsende organisatorische Kraft dem Proletariat nicht ohne Zweifel einmal alle wirtschaftlichen Rechte erringen? Geregelt Arbeit und menschenwürdigen Lohn und um was es sonst geht? Würden die wahren Kampfgenossen aus unseren Reihen dann aufstehen? Würden sie nicht wollen, daß der gewerkschaftliche Kampf gegen den Kapitalismus dann weitergeführt wird, höher hinauf, dem sittlichen Ideale entgegen? Gerade weil nichts, was die Menschen in Jahrtausenden taten und dachten, höher ist als ein Augenblick der Liebe, darum

im allerletzten Grunde unser Kampf, darum über allen Forderungen des Tages hinaus die neue Gestaltung des Wirtschaftslebens im Sinne der Gemeinschaft als unser höchstes Ziel. Und damit sind auch all die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart getragen von jenem letzten, großen, sittlichen Gedanken. Immer und überall unser wirtschaftliches Recht, daß der Mensch, der freie Mensch werde.

Wer hungert, kann kein Menschentum fühlen. Wenn die mechanische Arbeit durch ihr ewiges Einerlei seelisch zermürbt, kann nicht wachsen zur stolzen, innerlichen Freiheit. Der Mensch soll Mensch sein. Der Mensch soll Bruder sein. Menschentum soll Liebe bedeuten. Das ist's, was in goldenen Letztern über unserem freigewerkschaftlichen Kampfe geschrieben steht.

Mehr Ausbildung — weniger Einbildung. Unter dieser Ueberschrift lesen wir im „Reisler“ einige sehr treffende Worte: „Es gibt nicht wenige Arbeiter, und auch ein gut Teil unserer Mitglieder gehört zu denen, die glauben, wenn sie ihr Mitgliedsbuch in der Tasche haben, sich schon allerlei Kritik an den „anderen“, die die eigentlichen Gewerkschaftsarbeiten verrichten, erlauben zu können. Dem einen Teil ist der erreichte Lohn viel zu wenig, weit mehr hätte „herausgeholt“ werden müssen, aber da sei die Lohnkommission „zu schlapp gewesen“. Einem anderen Teil gefällt es in der Versammlung nicht, „weil immer dieselben Diskussionsredner auftreten“ und nicht alles andere nach ihrem Willen geht oder der Referent nicht so gesprochen hat, wie sie es erwartet haben und was sonst alles auszufragen ist. Viele können dem Kassierer das Leben nicht schwer genug machen: „ich zahle meine Beiträge, wenn ich will“ und wehe, wenn etwa der Kassierer amfunkt, weil er Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit liebt. . . Der Tarifvertrag müßte noch weit bessere Positionen enthalten, u. v. a. m. Und erst der Betriebsrat, der müßte ganz anders auftreten, da würde sich der Arbeitgeber nicht soviel gegen die Beschäftigten erlauben.“ Diesen „Allesbeweisern“ fehlt es nicht an Einbildung, um so mehr aber an gewerkschaftlicher Ausbildung. Prüft man sie, so erfährt man bald, daß sie nicht einmal das Verbandsstatut kennen bzw. gelesen haben, viellecht kaum ihr Fachblatt, geschweige denn andere gewerkschaftliche Lektüre

lesen. Nichts verstehen sie besser als das Schimpfen gegen andere. Selbst ein Amt übernehmen und zu zeigen, wie es besser gemacht werden muß, dazu fehlt es zumeist an allem. Mit nichtsagenden Redensarten und Schimpfereien kommen wir aber nicht weiter. Selbst Hand ans Werk zu legen, mitzuarbeiten und sich zugleich auszubilden, ist Pflicht jedes einzelnen. Je mehr ausgebildete Kräfte in der Organisation sind, desto besser wird alles vorwärtsgen. Die Zahl der Unzufriedenen und Eingebildeten wird weniger, die der Ausgebildeten und tatkräftig Mitarbeitenden mehr. Also vorwärts, alles besser wissen — ist nicht alles besser machen.“

Zur Lösung der Arbeiterfrage hat der Professor der Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Statistik an der Universität Budapest, Dr. Bela Földes, ein 420 S. starkes Werk geschrieben, in dem er letzten Endes die Gewinnbeteiligung als geeignetes Mittel zur Lösung des Problems empfiehlt. Földes meint, daß „das System der Gewinnbeteiligung noch in den Kinderstufen steht und weiter ausgebaut werden kann“. Darum will der Verfasser auch den ganzen Produktionsmechanismus der kapitalistischen Gesellschaft beibehalten. Dabei beruft sich Földes eigenartigerweise auf Marx, während Marx aber ausdrücklich verlangt hat, daß innerhalb einer bestimmten Wirtschaftsstruktur die Produktions- und die Verteilungsverhältnisse ein Ganzes bilden müssen. Das Buch ist typisch für die ganze Stellung der bürgerlichen Wissenschaft zur „Arbeiterfrage“. Das Problem ist drüber nur die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter ohne jeden großen Gedanken dahinter. Satt kann der Mensch allerdings schließlich auch durch diese und jene Reformen werden. Aber das Sattsein allein genügt dem Proletariat nicht. Es will mehr. Es will eine Ordnung der Gemeinschaft, damit das Wirtschaftsleben auch einen sittlichen Charakter hat und der Mensch nicht für Geld, sondern für Bruder schafft. Und dieses sittliche Ideal einer Arbeiterwelt ist auch das letzte Ziel unseres Gewerkschaftskampfes gegen den Kapitalismus. Es ist somit eine durchaus revolutionäre Gedankenwelt, und wer da mit dieser oder jener „Lösung der Arbeiterfrage“ kommt, der hat das tiefste Wesen der proletarischen Ideenwelt nicht erfasst.

